

Frau Vorsteherin,

meine sehr verehrten Damen und Herren!

Mit dem Beschluss des jetzt hier vorliegenden Bebauungsplans betreiben wir positive Konversion von Frankfurter Stadtgebiet! Das heißt: Die Stadtfläche, deren bisherige Nutzung sich überholt hat, wird neu geplant, neu bebaut und wird eine neue Nutzung erfahren. Gleichzeitig werden wir einen ganz wichtigen Beitrag zum Neubau von Wohnungen sehen.

Ich will durchaus betonen, dass das für uns als CDU in dem früheren Magistrat, in der letzten Wahlperiode, genauso wie jetzt und auch in Zukunft ein wichtiger Bestandteil von dem ist, was als städtebaulich und ökologisch vertretbare und sinnvolle Wohnungsbaupolitik in Frankfurt zu verstehen ist. Es ist die Alternative zur grundsätzlich immer einfachsten Idee zu sagen, wir suchen nach Wiesen im Umland, am Rand der Stadt, die frei sind und die bebaut werden können. Das ist nicht das Erste, wonach wir schauen, sondern wir schauen als Erstes nach Gebieten innerhalb der Stadt, bei denen eine sinnvolle Neunutzung die bessere Lösung darstellt! Das bedeutet behutsame Nachverdichtung, Arrondierung bestehender Quartiere und - eben wie hier - die Konversion von nicht mehr genutzten Büro- und Gewerbeflächen zu neuer Wohnnutzung.

(Beifall)

Uns ist wirklich wichtig, dass die Inanspruchnahme von neuen Flächen im Außenbereich reduziert wird und bleibt und dass der Leitgedanke „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“ das Motto ist. Das war unter Schwarz-Grün so und das bleibt auch unter Schwarz-Rot-Grün so.

Mit dem Bebauungsplan sollen die Voraussetzungen zur Umstrukturierung des Gebietes Kleyerstraße/Ackermannstraße geschaffen werden. Es liegt im Stadtteil Gallus und hat eine Fläche von etwa neun Hektar. Bislang waren dort zwei Firmen ansässig, Avaya und Alfred Teves GmbH. Es gab eine gewerblich-industrielle Nutzung und nun steht eine Neunutzung an, weil diese Unternehmen, das ist erfreulich, innerhalb des Stadtgebietes umgezogen sind und wir sie nicht verloren haben. Wichtig ist dabei auch, dass nicht die gesamte Fläche zur Neunutzung ansteht, es gibt dort auch bereits ein soziales Zentrum, das soll - natürlich - erhalten und funktional bestehen bleiben. Es gibt außerdem eine zweigeschossige Kindertagesstätte und - das ist jetzt vielleicht nicht sozial so wahnsinnig bedeutsam, aber technisch - auch ein fünfgeschossiges Umspannwerk, das weiterhin dort sein wird.

Das Gelände ist durchaus anspruchsvoll: Es wird an einer Seite durch einen sieben Meter hohen Bahndamm flankiert. Insofern ist das Ergebnis, das der Architekturwettbewerb hatte - Herr Baier hat es schon ausgeführt - bemerkenswert und zeigt, dass es ein gutes Instrument

ist, um auch bei schwierigeren und größeren Projekten und Projektgebieten zu guten und kreativen Lösungen zu kommen. Was vielleicht ganz interessant ist, ist, dass dieses Gebiet im Siedlungsbeschränkungsgebiet liegt und deswegen eigentlich, wenn es bisher nicht genutzt gewesen wäre, nach den derzeit geltenden Richtlinien nicht bebaut werden dürfte und nur deswegen, weil es eine Umstrukturierung von bereits genutztem Gelände darstellt, nicht von der Neuausweisung als Wohnbaufläche ausgeschlossen ist. Ich erwähne das deshalb, weil es vielleicht an anderer Stelle für uns durchaus der Anlass ist, über das aktuelle Konstrukt der sogenannten Siedlungsbeschränkungsgebiete nachzudenken. Denn, das ist bekannt, wir haben in Frankfurt nicht mehr so viele Flächen zur Verfügung, mit denen wir bei der Planung arbeiten können.

Wir haben darüber hinaus bei diesem Bauprojekt oder Konzept, wie es dem Bebauungsplan zugrunde liegt, durchaus anspruchsvolle Grünveränderungen und Grünziele umzusetzen: Der verbindliche Landschaftsplan von 2001 sieht eine erhöhte Durchgrünung und eine Vernetzung der Biotope vor. Dem wird damit Rechnung getragen, so wie es das Strukturkonzept vorsieht. Wichtig ist das auch unter dem Gesichtspunkt, was es kostet, neue Baugebiete auszuweisen, und was wir dafür aufgeben. In diesem Gebiet liegen keine Schutzgebiete nach dem Bundesnaturschutzgesetz.

Anlass der Umstrukturierung ist zum einen der bereits erwähnte stadtinterne Umzug der früheren Unternehmen und zum anderen natürlich nach wie vor das aktuelle wichtige Bedürfnis nach neuem Wohnraum, dem wir auch mit diesem Bebauungsplan spürbar begegnen wollen. Die Zahlen der Bevölkerungsentwicklung sind Ihnen geläufig, die brauche ich jetzt nicht zu wiederholen. Nach den nach wie vor gültigen Prognosen müssen wir bis zum Jahre 2040 mit einer Einwohnerzahl von rund 830.000 Menschen in unserem Stadtgebiet rechnen. Dazu muss entsprechender Wohnraum frühzeitig und weitsichtig zur Verfügung gestellt werden.

Wir erinnern uns - insofern ist das eine Gelegenheit, die Geschichte kurz wieder aufleben zu lassen: Vor der letzten Kommunalwahl gab es auch schon eine Stadtverordnetenversammlung und einen Magistrat. Damals wurde im Jahr 2014 ein Wohnbaulandentwicklungsprogramm beschlossen. Das war nicht nur zahlenmäßig anspruchsvoll, nämlich mit insgesamt 15 Aufstellungsbeschlüssen. Das ist jetzt einer von den Bebauungsplänen, die dabei herausgekommen sind. Das ist in einer, wie Herr Baier zu Recht betont hat, sportlichen Zeit geschehen. Aber es werden auch inhaltlich Akzente gesetzt: Wir haben schon damals gesagt, dass die Umwandlung von nicht mehr benötigten Büro- und Gewerbeflächen eine Chance für den Wohnungsbau ist. Die neuen Bauungsgebiete sollen 30 Prozent geförderten Wohnungsbau vorsehen, um auch die soziale Komponente zu sichern. Wir haben damals schon gesagt und hier im Stadtparlament beschlossen, dass wir regelmäßig städtische Kindertagesstätten mit Wohnungsbau kombinieren wollen. Dem wird hier Rechnung getragen.

Das Ziel des Bebauungsplans, der uns nun vorliegt, ist daher die Schaffung von Planungsrecht für ein innerstädtisches Wohnquartier mit einer beachtlichen sozialen Mischung für Familien, Senioren, Singles und Studenten und - wie damals versprochen und angestrebt - einem Anteil von 30 Prozent öffentlich gefördertem Wohnungsbau und darüber hinaus gebietsergänzende Infrastruktureinrichtungen. 1.200 Wohneinheiten sind die Erwartungen, wie Herr Baier sie schon formuliert hat. Für diejenigen, die glauben, dass erst seit der letzten Kommunalwahl der geförderte Wohnungsbau mit 30 Prozent Realität geworden sei, sage ich, dass in diesem Baugebiet er bereits durch den städtebaulichen Vertrag von 2014 sichergestellt ist!

(Beifall)

Die Einzelheiten des Strukturkonzepts und der architektonischen Konzepte, die Herr Baier ausgeführt hat, will ich nicht noch einmal wiederholen, aber vielleicht noch einen Punkt unterstreichen: Es ist ein größeres Gelände und auch die Bahnlinie wurde schon erwähnt. Dem wird auch bei der Gestaltung der Geschossigkeit dadurch Rechnung getragen, dass man eine ansteigende Geschossigkeit in Richtung Bahndamm vorgesehen hat. Damit wird auch in städtebaulicher Weise das Ziel verfolgt, Schallemissionen von Bahn und Verkehr für die zukünftige Wohnbevölkerung zu minimieren und darüber hinaus auf die umliegenden, stärker befahrenen Straßen reagiert. Das soziale Zentrum Teves-West, die Kindertagesstätte, das Umspannwerk und auch der Gebäudebestand im Geltungsbereich des Bebauungsplans östlich der Ackermannstraße bleiben erhalten und werden planungsrechtlich gesichert.

Abschließend würde ich gerne noch einmal auf den Leitgedanken der Innenentwicklung vor Außenentwicklung zu sprechen kommen, der für die CDU besonders wichtig ist: Wir wollen mit den Freiflächen in dieser Stadt sorgsam umgehen! Das erwähne ich auch im Hinblick auf die Veranstaltung gestern im Bürgerhaus in der Nordweststadt zu dem neuen Baugebiet an der A 5. Noch ist es ja keines. Es ist eine Idee. Wir haben dazu eine Beschlussvorlage, die Vorlage M 176, darin geht es um - das sollte man vielleicht nicht nur heute an diesem Abend hier, sondern auch außerhalb klar und deutlich betonen - vorbereitende Untersuchungen. Das ist jedenfalls das, was es für die CDU darstellt, worum es in diesem Beschluss geht, und dazu hat der Magistrat die Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung erbeten. „Vorbereitende Untersuchungen“ heißt für uns, es wird jetzt geprüft, was geht und was nicht geht. „Vorbereitende Untersuchungen“ heißt für uns nicht, wir bauen jetzt alles, was dahin passt.

(Beifall)

Diese Übersetzung in klares Deutsch ist vielleicht auch nach dem gestrigen Abend mit sehr erhitzten Beiträgen aus den Reihen der Bürgerinnen und Bürgern einmal nötig. Das sollte zudem bei der Verfassung von relativ langen, kleingedruckten Magistratsvorlagen ab und zu

im Kopf der Bearbeiter und Formulierer vorhanden sein, denn es muss auch außerhalb dieses Hauses verstanden werden, worum es geht. Wenn das Ergebnis der Untersuchungen vorliegt, wird sich die politische Meinungsbildung dazu fortsetzen und wir werden mit dem Ergebnis arbeiten. Das gilt jedenfalls für uns als Frankfurter CDU und dann stehen die nächsten Entscheidungen an.

Vielen Dank!

(Beifall)